

Telegramme

Integration: Schüler der einjährigen Berufsfachschule nicht abschieben

Vor dem Hintergrund der letzten Integrationsministerkonferenz erneuerte der Handwerkstag seine Forderung nach einer Gleichstellung von Schülern der einjährigen Berufsfachschule mit Auszubildenden im ersten Lehrjahr. „Wenn alle anderen Bedingungen erfüllt sind, darf eine Abschiebung von Geflüchteten nicht aus dem alleinigen Grund erfolgen, dass der Schulbesuch keine qualifizierte Berufsausbildung ist“, forderte Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold. Schüler der einjährigen Berufsfachschule absolvieren während ihrer Schulzeit regelmäßig Praktika in Handwerksbetrieben. Sofern sie sich im Anschluss für eine Ausbildung entscheiden, wird das Schuljahr in der Regel komplett auf die Ausbildung angerechnet. „Die einjährige Berufsfachschule ist Teil der Berufsausbildung im Handwerk“, machte Reichhold deutlich.

Geschützte Holzarten: Das müssen Handwerker beachten

Seit Beginn des Jahres 2017 müssen Handwerker Änderungen im Washingtoner Artenschutzübereinkommen (CITES) beachten. Die Änderungen betreffen Betriebe, die im Abkommen gelistete Holzarten verarbeiten oder daraus hergestellte Produkte verkaufen. So sind zum Beispiel Palisander-Arten betroffen, die für den Instrumentenbau verwendet werden. Wenn die Betriebe geschützte Holzarten über einen Großhändler beziehen, müssen folgende Angaben als Herkunftsnachweis zusätzlich auf der Rechnung vermerkt sein: das CITES-Exportdokument, der wissenschaftliche Artname des Holzes und die Nummer und Ausstellung der Einfuhrgenehmigung. Auch die Käufer müssen informiert werden. Sowohl der Import als auch die Ausfuhr von Waren aus geschützten Hölzern müssen beim Bundesamt für Naturschutz gebührenpflichtig beantragt werden. Außerdem sollten Handwerksunternehmen ihre Altbestände überprüfen. Fragen zum Thema beantwortet Handwerk International Baden-Württemberg, Tel. 0711/1657-280, E-Mail: info@handwerk-international.de.

Baugenehmigungen: Im letzten Jahr deutlich nach oben geschneilt

Die Baugenehmigungen für den Wohnungsneubau sind in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr deutlich nach oben geschneilt: 44.222 Wohneinheiten wurden zum Bau freigegeben, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 24,7 Prozent. Grund für das starke Plus sind neben dem Flüchtlingszustrom die nach wie vor niedrigen Zinsen. Zum anderen kam es in Baden-Württemberg wegen der neuen Energieeinsparverordnung 2016 zu einem starken Vorzieheffekt. Viele ohnehin Bauwillige wollten wohl die verschärften Vorschriften der neuen EnEV umgehen und haben deshalb noch Ende 2015 ihre Bauanträge eingereicht. Trotz der deutlich gestiegenen Wohnbaugenehmigungszahlen verweist die Landesvereinigung Bauwirtschaft darauf, dass der Bedarf an Wohnungen im Land bei Weitem nicht gedeckt ist. 60.000 Wohneinheiten müssten – auch mit Blick auf die Zuwanderung durch Flüchtlinge – eigentlich pro Jahr neu entstehen.

SHK-Verbandstag: In Überlingen mit neuem Konzept

Welche Konsequenzen hat der Klimaschutzplan 2050 für das SHK-Handwerk und wie können sich die Unternehmer darauf vorbereiten? Wie sieht die Zukunft der Gebäudeheizung aus und wie arbeitet der Sanitär-Heizung-Klima-Fachbetrieb im Jahr 2030? Fragen, die der Fachverband Sanitär-Heizung-Klima Baden-Württemberg beim Verbandstag in Überlingen vom 7. bis 8. Juli zur Diskussion stellen wird. Als Impulsredner im Vorfeld einer Podiumsdiskussion konnte Umweltminister Franz Untersteller gewonnen werden. www.fvshkbw.de

Persönliches

Die Mitgliederversammlung des Landesinnungsverbandes für das Württembergische Bäckerhandwerk wählte den bisherigen stellvertretenden Landesinnungsmeister, Bäckermeister **Martin Reinhardt** (Knittlingen), zum neuen Landesinnungsmeister. Stellvertreter ist Bäckermeister **Michael Winter** (Metzingen). Der bisherige Landesinnungsmeister **Johannes Schultheiß** wurde zum Ehren-Landesinnungsmeister ernannt.

Impressum

Verantwortlich: Oskar Vogel
Redaktion: Eva Hauser
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart
Tel. 0711/263709-105
Fax 0711/263709-205
E-Mail: ehauser@handwerk-bw.de



Bürger wünschen sich beim Thema Energiewende mehr Kommunikation.

Foto: bounlow-pic/Fotolia.com

Handwerk will Bürgern die Energiewende näherbringen

Handwerkstag fordert die Schaffung passender politischer Voraussetzungen ein

Aus dem Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept für Baden-Württemberg (IEKK) geht hervor, dass von den rund 2,3 Millionen Wohngebäuden im Land etwa 70 Prozent vor der ersten Wärmeschutzverordnung aus dem Jahr 1977 gebaut wurden. „Hier verbirgt sich ein enormes Sanierungspotenzial, das, wenn man es ernst meint mit der Energiewende, unbedingt gehoben werden muss“, sagt Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold. Obwohl die beste Energie die ist, die erst gar nicht verbraucht wird, sind das Energiesparen und die Energieeffizienz aber nach wie vor die Stiefkinder der Energiewende.

Heizungen nicht up to date

Bestes Beispiel dafür ist der Wärmemarkt: Laut dem Fachverband Sanitär Heizung Klima Baden-Württemberg sind gerade einmal zwölf Prozent der Heizungen im Land auf dem neuesten Stand der Technik. Was auch daran liegt, dass die Heizungsmodernisierungsquote in den Jahren 2010 bis 2015 hierzulande rund 13 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt lag. Außerdem sei der Heizungsmarkt nach Inkrafttreten des 2015 novellierten Erneuerbare-Wärme-Gesetzes um circa 14 Prozent eingebrochen. Zahlen, die eher nach Rückschritt als nach Erfolg klingen. Auf der anderen Seite hält jedoch ge-

mäß der Agentur für Erneuerbare Energien just in Baden-Württemberg mit 85 Prozent der bundesweit höchste Anteil an Bürgern die Energiewende für sinnvoll.

Einsicht ja, Umsetzung nein

Worin liegen also die Gründe dafür, dass die Sache zwar verstanden, nicht aber umgesetzt wird? „Aus Gesprächen und Debatten in und außerhalb des Handwerks wissen wir, dass beim Bürger ein großes Informationsdefizit besteht und der Wunsch nach Kommunikation sehr hoch ist“, erläutert Reichhold. Allerdings habe die Politik einen Top-Down-Ansatz gewählt und versuche, ihre Klimaschutzziele in erster Linie mit Anreizen, Beschränkungen und Verboten zu erreichen. „Der Bürger wird dabei gerne vergessen und ist mit der Geschwindigkeit und der Nachvollziehbarkeit der Ziele oft überfordert“, so der Landeshandwerkspräsident.

Erklären, nicht verordnen

„Wir wollen, dass die Energiewende erklärt und nicht verordnet wird“, macht Reichhold den Standpunkt des Handwerks deutlich. Da der Branche das Gelingen der Energiewende ein großes Anliegen ist, sei man auch bereit, als Brückenbauer zwischen Politik und Bürger aufzu-

treten. An der direkten Schnittstelle zu den Hausbesitzern wolle das Handwerk Flagge zeigen und die Vorteile der Energiewende aktiv kommunizieren, beispielsweise über die vielen Energieberater. Denkbare Instrumente seien nicht nur die kontinuierliche Vermittlung im Kundengespräch sowie bei öffentlichen Anlässen, sondern auch eine Kampagne mit Informationsmaterialien und einem Gütesiegel.

Voraussetzungen schaffen

Damit solche Bemühungen auf fruchtbaren Boden fallen, müssen die Voraussetzungen stimmen. „Sollte den Bürgern weiterhin die steuerliche Absetzbarkeit energetischer Sanierungsmaßnahmen verweigert werden, wird sich die Sanierungsquote wohl kaum entscheidend erhöhen“ appelliert Reichhold. Außerdem sei es unerlässlich, eine gerechte Mieterstromverordnung zu schaffen, Förderprogramme praxishnah zu gestalten und eine individuelle Wahl der Heizungsanlage ohne gesetzliche Zwangsaufgaben zuzulassen. Reichhold: „Was wir brauchen, ist eine solide regulative Basis, auf der unsere grundsätzlich überzeugten und mündigen Bürger frei entscheiden können. Da sie dazu hinreichend informiert sein müssen, ist das Handwerk gerne bereit, mit in die Bresche zu springen.“ **jn**

Hemmnisse fürs Handwerk

Handwerk weist auf Schwachstellen im EU-Binnenmarkt hin

Eine nicht erreichbare Webseite, ein kompliziertes Entscheidungsverfahren und hohe Strafen: Markus Kleinhans spricht vielen Handwerkern aus der Seele, als er die Hürden aufzählt, die er bei einem Auftrag in Frankreich überwinden muss. Der Geschäftsführer der Kehler Schreinerei Kleinhans machte den Landtagsausschuss für Europa und Internationales bei einem Informationsgespräch auf mehrere dieser Hemmnisse innerhalb der EU aufmerksam. Gemeinsam mit dem Landesausschuss Europa des Baden-Württembergischen Handwerkstages (BWHT) übergab er dem Vorsitzenden des Landtagsausschusses, Willi Stächele, die Broschüre „Hemmnisse im EU-Binnenmarkt“.

„Diese Broschüre soll nicht anklagen, sondern sie soll Schwachstellen im europäischen Binnenmarkt aufzeigen“, sagte Johannes Ullrich, Präsident der Handwerkskammer Freiburg und Vorsitzender des Landesausschusses Europa. Seit knapp 25 Jahren fördere der EU-Binnenmarkt Wohlstand und Beschäftigung, auch



Präsentation der Broschüre (von links): Markus Kleinhans, Geschäftsführer der Schreinerei Kleinhans, Johannes Ullrich, Präsident der Handwerkskammer Freiburg und Vorsitzender des Landesausschusses Europa, Willi Stächele MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Europa und Internationales des Landtags von Baden-Württemberg.

Foto: Busch

im baden-württembergischen Handwerk. Weil die Mitgliedsländer die Richtlinien der EU jedoch unterschiedlich umsetzen, entstünden immer wieder neue Hürden, die Unternehmen bei Tätigkeiten im Ausland überwinden müssten. Die Broschüre deckt diese Hemmnisse in Ländern auf, die wichtige Märkte für das Handwerk sind, wie Frankreich, Österreich oder die Schweiz. Sie schlägt außerdem konkrete Verbesserungen für die Betriebe vor. Stächele versprach, für die Anliegen des

Handwerks über alle politischen Kanäle Druck aufzubauen.

Der Landesausschuss Europa unterstützt die europapolitische Arbeit des BWHT. Dem Gremium gehören Vertreter des Ehrenamts und hauptamtliche Geschäftsführer oder Abteilungsleiter in den Mitgliedorganisationen des Handwerks an. Die Broschüre wurde von den Außenwirtschaftsexperten der Handwerkskammern unter Federführung von Handwerk International Baden-Württemberg erarbeitet. **mb**

Contracting lohnt sich

Informationsveranstaltungen für Handwerksbetriebe

Das Potenzial für Energiespar-Contracting in Deutschland ist hoch: In vielen Wohngebäuden, Gewerbe- und Industriebetrieben oder Sozialeinrichtungen ist die Anlagentechnik veraltet und Fachwissen über energieeffiziente Lösungen ist nicht vorhanden.

Dennoch teilen sich den Energiespar-Contracting-Markt derzeit bundesweit nur rund zehn Unternehmen auf. Für Handwerksbetriebe, Energiegenossenschaften sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bietet sich eine große Chance: Der noch weitgehend unerschlossene Bereich der kleinen und mittleren Liegenschaften.

Zum Einstieg bieten sich zunächst abgrenzbare Maßnahmen wie Beleuchtung oder Wärmeerzeugung an. Diese Projekte haben vom Auftragsvolumen her und vom Aufwand meist genau die richtige Größe, zudem sind sie für große Contractoren

wirtschaftlich nicht interessant. Und um wirtschaftliche Risiken zu reduzieren, bietet die Bürgschaftsbank Baden-Württemberg in dem neuen Programm „Contracting-Bürgschaften“ eine speziell auf Energiespar-Contracting-Projekte zugeschnittene Bankbürgschaft von bis zu zwei Millionen Euro an. Damit können sowohl Investitionskredite als auch die Vertragserfüllung abgesichert werden.

Wie der Einstieg für Handwerker funktionieren kann, erläutern der Baden-Württembergische Handwerkstag, der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband und das Kompetenzzentrum Contracting der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg auf zwei kostenlosen Veranstaltungen am 24. April in Heilbronn sowie am 11. Mai in Emmendingen. **jn**

www.energiekompetenz-bw.de/contracting/aktuell/veranstaltungen/

Rekordwerte und Rekordräger

Kraftfahrzeuggewerbe: Dieseldiskussion trübte Freude

Einzig die Diskussion um die Dieselfahrzeuge und deren Schadstoffwerte trübte die Freude des Kraftfahrzeuggewerbes Baden-Württemberg über das Rekordjahr 2016. Harry Brambach, Präsident des Verbandes des Kraftfahrzeuggewerbes, sprach von einem Rekordräger, der auch ins Jahr 2017 hineinwirke. Ein Gesamtumsatz von 31 Milliarden Euro (+12,8 Prozent) sorgte aber ansonsten für durchweg gute Stimmung.

„Wir hätten den ganzen Ärger und die laufenden Fahrverbotsdiskussionen nicht, wenn aus den Auspuffanlagen nur das an Schadstoffen käme, was auf dem Papier steht“, nahm Brambach kein Blatt vor den Mund. Kritik übte der Präsident als Vertreter von rund 4.300 Mitgliedsbetrieben mit über 54.000 Beschäftigten an der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und ihrer Forderung nach flächendeckenden Ganzjahres-Komplettfahrverboten für Diesel: „Das bestraft nicht nur die Dieselbesitzer, die sich auf die von den Herstellern versprochene Umweltfreundlichkeit ihrer Dieselfahrzeuge verlassen haben. Ganzjährige Fahrverbote wären auch ein erheblicher Eingriff in die wirtschaftliche Existenz unserer Kraftfahrzeugbetriebe und ihrer Beschäftigten, denn jeder Betrieb, der in einer Fahrverbotszone liegt, wäre da-

mit für Dieseldiskussionen nicht mehr erreichbar.“

Das Auto sei mit einem Anteil von 50 bis 73 Prozent an den zurückgelegten Wegen in der Stadt und auf dem Land unverzichtbar, unterstrich Brambach. Die Mobilitätsbedürfnisse schlugen sich auch in den Zahlen nieder. Aktuell rechnet der Verband mit stabilen Absatzzahlen: 450.000 Pkw-Neuzulassungen und über eine Million Gebrauchtwagen-Besitzumschreibungen.

Nach wie vor profitierten die Hersteller stärker von steigenden Umsätzen als Autohäuser und Servicebetriebe. Brambach: „Vom Neuwagenhandel kann ein Autohaus heute in der Regel nicht mehr leben. Wir können hier durchaus auch von einem Verdrängungswettbewerb durch die Hersteller sprechen.“ Trotzdem fiel die Bilanz angesichts von zusätzlichen Rekordumsätzen im Gebrauchtwagenbereich (9,4 Milliarden Euro) und bei den Werkstätten (4,19 Milliarden Euro) positiv aus. Gesichert sei auch der Übergang der Werkstätten ins Elektromobilitätszeitalter und die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Kfz-Gewerbe: „Die Attraktivität aller Autoberufe ist ungebrochen.“ Mit insgesamt 4.044 Ausbildungsverträgen gebe es einen neuen Ausbildungsrekord. **dr**

Fahrverbote diskutiert

BWHT-Beirat tauschte sich mit Ministerialdirektor aus

Die landesweiten Emissionswerte für Stickstoffdioxid legen die Befürchtung nahe, dass Fahrverbote bald nicht mehr nur für Stuttgart, sondern auch in anderen Städten im Land drohen. Der Beirat des Baden-Württembergischen Handwerkstages (BWHT) hat daher im Gespräch mit Dr. Uwe Lahl, Ministerialdirektor im Landesverkehrsministerium, nochmals eindringlich für Ausnahmeregelungen plädiert.

Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold machte deutlich, dass die Handwerksbetriebe im Land auf klare Aussagen warten würden und wissen müssten, wann, wie und für wie lange Ausnahmen gelten sollen. Dem BWHT schwebt im Falle der Einführung einer blauen Plakette ein Übergangszeitraum von acht Jahren vor. Dr. Lahl ließ wissen, dass durch die Klagen von Anwohnern am Stuttgarter Neckartor sowie der Deutschen Umwelthilfe der Druck, euro-

parechtliche Anforderungen an die Luftreinhaltung umzusetzen, gestiegen sei. Das Verkehrsministerium habe in den vergangenen Jahren alle möglichen Maßnahmen auf ihre Wirkung hin überprüft und verfüge über eine gute Grundlage für die anstehenden Entscheidungen. Schon aus verhältnismäßigkeitsgründen seien Verkehrsbeschränkungen allerdings unvermeidlich. Er machte aber auch deutlich, dass der Diesel schon wegen seines CO₂-Senkungspotenzials erhaltenswert sei. Das Landesverkehrsministerium wolle daher vermeiden, dass Dieselfahrzeuge unter Generalverdacht kämen.

Kritik äußerten die BWHT-Beiratsmitglieder an der Bundespolitik und den Herstellern: Die Emissionsgrenzen für Kraftfahrzeuge seien bewusst niedrig gehalten worden, die Konsequenzen daraus müssten nun die Fahrzeughalter und die Autohäuser tragen. **rg**

DAS HANDBWERK
DIE WIRTSCHAFTSMACHT. VON NEBENAN.